

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Neue Regeln für Kitas Landtag debattiert KiBiz-Reform





KiBiz, Kinder, Kernzeiten

- 9 [Anhörung zur Reform des Kinderbildungsgesetzes](#)
- 10 [Standpunkte](#)

Inhalt

Plenum

- 3 [Ringeln um die Gesundheitsreform](#)

Aktuelle Stunde zu den Plänen der Bundesregierung



- 4 [Meldungen](#)

- 6 [Gesetzgebung](#)

- 7 [Löcher in kommunalen Kassen](#)

Finanzlage beschäftigt Landtag



- 8 [Schule geschafft – und dann?](#)

Debatte über Perspektiven für Jugendliche

Forum

- 12 [Bürgerrat: Mit besten Grüßen an die Politik](#)

Erstes landesweites Gremium nimmt Arbeit auf



- 14 [Aus den Fraktionen](#)

- 17 [Petitionsausschuss: Von Bußgeldbescheiden und einer fast verpassten Prüfung](#)

Interview mit der Vorsitzenden und ihrem Stellvertreter

- 18 [Porträt: Enxhi Seli-Zacharias \(AfD\)](#)

- 19 [Kurz notiert](#)



Foto: StockPhotoPro - stock.adobe.com

PLENUM

Ringeln um die Gesundheitsreform

6. Mai 2026 – Wegen finanziellen Drucks bei der gesetzlichen Krankenversicherung aufgrund steigender Ausgaben hat die Bundesregierung Pläne für eine umfassende Gesundheitsreform vorgelegt. Die einzelnen Maßnahmen stehen seit Veröffentlichung in der Kritik. Mit dem Thema befasste sich auch der Landtag in einer Aktuellen Stunde.

Anlass der Debatte auf Antrag der FDP-Fraktion ([18/19086](#)) waren Medienberichte, wonach es auch innerhalb der schwarz-grünen Landesregierung Kritik am Bundesvorhaben gebe. Diese Kritik beziehe sich, so die FDP, unter anderem auf die künftige Finanzierung der Gesundheitskosten von Bürgergeldbezieherinnen und -beziehern sowie die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze – also des maximalen Betrags des Bruttoeinkommens, bis zu dem Sozialversicherungsbeiträge berechnet werden. Die Landesregierung solle darlegen, wie sie Nachbesserungen an dem Vorhaben erreichen wolle.

Reformen „unausweichlich“

Die Bundesregierung habe mit der Gesundheitsreform ein „Belastungspaket“ für Versicherte und Arbeitgeber auf den Weg gebracht, kritisierte [Henning Höne](#), Fraktionsvorsitzender der FDP. Es brauche weniger Krankenkassen, aber dafür mehr Wettbewerb zwischen diesen Kassen. Versicherte benötigten mehr Wahlmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Tarifen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Beiträge von Bürgergeldempfängerinnen und -empfängern müssten über den Bundeshaushalt finanziert werden.

Die gesetzliche Krankenversicherung stehe unter erheblichem finanziellen Druck, sagte [Daniel Hagemeier](#) (CDU). Reformen seien „unausweichlich“. Eine von der Bundesregierung eingesetzte Finanzkommission habe 166 Vorschläge für Einsparungen vorgelegt, die Grundlage der Gesundheitsreform seien. Die Zielrichtung des Gesetzentwurfs sei „grundsätzlich nachvollziehbar“. Entscheidend sei die konkrete Ausgestaltung. Gesundheitskosten bei der Grundsicherung seien aus Steuergeld zu finanzieren.

Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung seien seit 2015 um rund 70 Prozent gestiegen, sagte [Thorsten Klute](#) (SPD).

Daher sei es richtig, dass sich die Bundesregierung auf den Weg mache, die Krankenversicherung „wieder aufzurichten“. Gesetzlich Versicherte seien gegenüber Privatpatienten benachteiligt und fühlten sich als „Menschen zweiter Klasse“. Die SPD wolle die „ungerechte Zweiteilung des Krankenkassensystems“ aufheben. „Weg mit der Zweiklassenmedizin“, forderte Klute.

Grünen-Fraktionschef [Mehrdad Mostofizadeh](#) nannte die Debatte notwendig. Er begrüße, dass Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) auf zusätzliche Milliardenkosten für die Wirtschaft durch die geplante Reform hingewiesen habe. Und auch die Äußerungen von Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) seien richtig, unter anderem, dass die Maßnahmen noch keine Balance hätten. Er gehe fest davon aus, dass die Landesregierung ihre Kritik sehr deutlich gegenüber der Bundesregierung äußern werde.

AfD-Fraktionschef [Dr. Martin Vincentz](#) kritisierte, dass nie eine grundsätzliche Sanierung des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung stattgefunden habe. Klar sei: „So kann es nicht weitergehen.“ Deutschland habe das drittteuerste Gesundheitssystem der Welt und sei bei den Leistungen „maximal Mittelmaß“. Es habe jetzt die Chance gegeben, einen großen Wurf vorzulegen. Aber die Bundesregierung habe sich dagegen entschieden. Keines der Probleme werde behoben. 2040 werde das System am Ende sein.

Gesundheitsminister [Karl-Josef Laumann](#) (CDU) betonte, Reformen seien notwendig, um durch mehr Arbeit und Wachstum den Sozialstaat stabil zu halten. Wenn nichts geschehe, lägen die Sozialversicherungsbeiträge spätestens in zwei Jahren bei 45 Prozent. Dies belaste die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe. Für ihn sei wichtig, dass die Gesundheitsreform dem Grundsatz einer „einnahmenorientierten Ausgabenpolitik“ folge. Zugleich schaue er, wo Einsparungen nicht möglich seien. Hier müsse man sehr genau die Situation der Kliniken in den Blick nehmen. *tob, wib*

Polizeibeauftragte

6.5.2026 – Der Landtag hat erstmals eine unabhängige Polizeibeauftragte gewählt. Die Stelle, die beim Landesparlament angesiedelt ist, wird die bisherige Krefelder Polizeipräsidentin Ursula Mecklenbrauck übernehmen. Der Vorschlag der Fraktionen von CDU und Grünen (18/19007) wurde gegen die Stimmen von FDP und AfD und bei Enthaltung der SPD angenommen. Der Präsident des Landtags, André Kuper, gratulierte der 49-jährigen Juristin zu ihrer Wahl (Foto). Der Landtag hatte das Gesetz (18/91) zur Einrichtung der Stelle im März 2025 beschlossen. Bürgerinnen und Bürger können sich künftig bei Beschwerden oder Fragen an die Polizeibeauftragte wenden. Sie ist zudem Anlaufstelle für Beschäftigte der Polizei, die sich ohne Einhaltung des Dienstwegs direkt an sie wenden können.



Foto: Schälte

Sonderermittler

6./7.5.2026 – Die Landesregierung solle unverzüglich eine unabhängige Sonderermittlerin bzw. einen unabhängigen Sonderermittler einsetzen, um Vorwürfe des „Führungsversagens“ innerhalb der Landesregierung zu untersuchen. Dies fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag (18/19002). Medienberichten zufolge hatten Beschäftigte des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung über „gesundheitsschädigende Umgangsformen“ und „desaströses Führungsverhalten“ von Ministerin Ina Scharrenbach (CDU) geklagt. Es müsse unter anderem geklärt werden, „welche konkreten Anzeichen, Hinweise oder Beschwerden der Staatskanzlei zu welchen Zeitpunkten vorlagen“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen bei Enthaltung von FDP und AfD abgelehnt. Die AfD-Fraktion wollte einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen (18/19018). Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP abgelehnt.

Kleinkrafträder

6.5.2026 – Kleinkrafträder und Leichtfahrzeuge dürfen bislang nicht schneller als 45 km/h fahren. Die FDP-Fraktion möchte die

Höchstgeschwindigkeit auf 60 km/h anheben. Dafür solle sich die Landesregierung auf Bundes- und EU-Ebene einsetzen, heißt es in einem Antrag (18/19009). Gerade für junge Menschen und auf dem Land seien diese Fahrzeuge wichtig für die Mobilität. Die derzeitige Tempo-Beschränkung führe jedoch zu erheblichen Geschwindigkeitsunterschieden im Straßenverkehr und könne die Sicherheit beeinträchtigen. Kleinkrafträder würden von den übrigen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern häufig als Hindernis wahrgenommen und schnellstmöglich überholt. Die weitere Beratung erfolgt im Verkehrsausschuss.

Kleingärten

6.5.2026 – Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, die Modernisierung von Kleingartenanlagen in Nordrhein-Westfalen stärker zu fördern. „Der gewachsene Sanierungsbedarf hat ein Ausmaß erreicht, das von ehrenamtlich getragenen Kleingartenvereinen ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung nicht mehr bewältigt werden kann“, heißt es in einem Antrag (18/18999) der Fraktion. Die Landesregierung solle ein Förderprogramm in Höhe von zwei Millionen Euro jährlich auflegen. Zudem solle sie sich für einen Fördertitel auf Bundesebene einsetzen, wie er bereits für die Jahre 2025 und 2026 im Entwurf des Bundeshaushalts angedacht gewesen sei. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume überwiesen.

Gesundheitsförderung

7.5.2026 – Die Kommunen sollen in der Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden. Dies sieht ein Antrag (18/19005) der Fraktionen von CDU und Grünen vor, der vom Landtag beschlossen wurde. FDP und AfD stimmten mit Nein, die SPD enthielt sich. So sollen bestehende Präventions- und Gesundheitsförderungsprogramme über das Landesamt für

Gesundheit und Arbeitsschutz bekannter gemacht und die kommunalen Gesundheitsämter beraten werden, diese Programme zu nutzen und mit kommunalen Strategien zu verknüpfen. Gesundheitskompetenz entscheide wesentlich darüber, ob Menschen beispielsweise Vorsorgeangebote wahrnehmen. Besonders Kinder, die in Armut aufwachsen, seien überproportional häufig von Adipositas betroffen, verbrächten mehr Zeit im Internet und litten häufiger unter psychischen Erkrankungen. „Die Kommune ist als Lebens- und Planungsraum prädestiniert, um Strategien zur Gesundheitsförderung zu entwickeln und umzusetzen“, heißt es im Antrag der Fraktionen.

Psychotherapie

7.5.2026 – Die Landesregierung solle sich beim Bund für eine Rücknahme der aktuellen Honorarkürzungen bei Psychotherapeutinnen und -therapeuten einsetzen. Dies fordert die FDP-Fraktion in einem Antrag (18/19013). Die Versorgungslage für psychisch erkrankte Menschen sei bereits heute angespannt. Viele Patientinnen und Patienten müssten lange auf einen Behandlungsplatz warten. Die Honorarkürzungen könnten dazu führen, dass Psychotherapeutinnen und -therapeuten „ihr Angebot für gesetzlich Versicherte reduzieren oder sich sogar ganz aus der Versorgung zurückziehen“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen abgelehnt. SPD und AfD hatten dem FDP-Antrag zugestimmt.

Wärmespeicher

7.5.2026 – Nordrhein-Westfalen weise eine durch „fossile Heizformen ausgeprägte Wärmeversorgung“ auf, stellt die SPD-Fraktion in einem Antrag (18/18997) fest. Etwa 55 Prozent der rund 9 Millionen Wohnungen würden mit Erdgas beheizt, rund 22 Prozent mit Erdöl warmgehalten. Aufgrund geopolitischer Entwicklungen und wegen des Klimawandels sei dies zunehmend unsicher und teuer. Die Landesregierung müsse dafür sorgen, mit Wärmespei-

chern unabhängiger von Öl- und Gasimporten zu werden und die Heizkosten zu senken. Neue Wärmespeicher seien zu fördern. Die Landesregierung solle fünf Fernwärmespeicher nach dem Vorbild Gelsenkirchens für das Fernwärmenetz des Ruhrgebiets und weiterer Ballungsräume fördern. In die Forschung zu dezentralen Lösungen auch für industrielle Anwendungen solle investiert werden. Der Antrag wird federführend weiter im Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie beraten.

E-Zigaretten

8.5.2026 – Der Landtag will den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor E-Zigaretten, sogenannten Vapes, verbessern. Mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen CDU und Grünen sowie der SPD wurde ein entsprechendes Vorhaben (18/19006) verabschiedet. FDP und AfD waren dagegen. Der Antrag sieht unter anderem vor, Systeme zur Feststellung des Alters im Onlinehandel zu prüfen und Maßnahmen zu entwickeln, die den Erwerb von E-Zigaretten durch Minderjährige wirksam verhindern. Eine Untersuchung belege, dass Alterskontrollen im Onlinehandel leicht zu umgehen seien. Auch im stationären Handel gelinge es Minderjährigen immer wieder, trotz Verbots entsprechende Produkte zu erwerben. Weltweit nehme der Konsum von Vapes unter Kindern und Jugendlichen zu. Dieser sei mit „erheblichen Gesundheitsrisiken“ verbunden.

Große Anfrage

8.5.2026 – Beraten haben die Abgeordneten im Plenum über eine Große Anfrage der AfD-Fraktion zum Thema „EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit mutiert zur Sozialleistungsfreizügigkeit, insbesondere in Form einer Armutszuwanderung aus Südosteuropa – Was unternimmt die Landesregierung zur Bekämpfung dieses Missbrauchs?“ (18/16293). In ihrer Antwort nimmt die Landesregierung (18/18819) Stellung zu 24 Fragen der Fraktion. Die Debatte fand nach Redaktionsschluss statt.



Foto: Schälte

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Erstes Gesetz zur Änderung des Bürgerenergiegesetzes NRW | [18/16948](#), [18/19071](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie | 2. Lesung am 6. Mai 2026 | verabschiedet

Zehntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen | [18/17127](#), [18/19070](#) (Neudruck) | Landesregierung | 2. Lesung am 6. Mai 2026 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur 2025 bis 2036 | [18/19008](#) | CDU, Grüne | 1. Lesung am 6. Mai 2026 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Entlastung und Beschleunigung des Vollzugs des Naturschutzrechts und anderer Vorschriften | [18/18826](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 6. Mai 2026 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

Gesetz zur Änderung des Klimaanpassungsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [18/18827](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 6. Mai 2026 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

Gesetz für eine moderne, bürgernahe und zukunftsfähige Arbeitsgerichtsbarkeit in Nordrhein-Westfalen | [18/18506](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 6. Mai 2026 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gesetz zur Änderung des Online-Casinospielgesetzes NRW | [18/18505](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 6. Mai 2026 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Anpassung von Vorschriften auf den Gebieten der Tiergesundheit, der Tierischen Nebenprodukte und von Vorschriften zu Wahlen der Landwirtschaftskammer | [18/18507](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 6. Mai 2026 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

Gesetz zur Sicherung von Tarifentgelten bei öffentlichen Vergaben in Nordrhein-Westfalen |

[18/19004](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 7. Mai 2026 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Siebtes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung | [18/19027](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 7. Mai 2026 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Siebtes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/15488](#) | FDP | 2. Lesung am 7. Mai 2026 | abgelehnt

Gesetz zum Bürokratieabbau durch Errichtung eines nordrhein-westfälischen Normenkontrollrats und durch Stärkung der Clearingstelle Mittelstand | [18/18000](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und über die weitere Entwicklung der Gesundheitsfachberufe | [18/17985](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Sechstes Gesetz zur Änderung des Landesbetreuungsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [18/17986](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Archivgesetzes NRW und des Kulturgesetzbuches | [18/18113](#) | Landesregierung | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Einführung schulischer Vorkurse zur Förderung der Sprachkompetenz (18. Schulrechtsänderungsgesetz) | [18/18115](#) | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Bildung | in Beratung

Gesetz zur Vermeidung von Diskriminierung in Nordrhein-Westfalen (Landesantidiskriminierungsgesetz) | [18/18169](#) | Landesregierung | Integrationsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Modernisierung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes | [18/18114](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Studierendenwerke im Land Nordrhein-Westfalen |

(Studierendenwerkesgesetz) | [18/18103](#) | CDU und Grüne | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

Drittes Gesetz zur Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes | [18/17126](#) | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Bildung | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Landesfischereigesetzes | [18/17413](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze | [18/17476](#) | Landesregierung | Verkehrsausschuss | in Beratung

Drittes Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018 und weiterer Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen | [18/17474](#) | Landesregierung | Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes | [18/17575](#), [18/18523](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

Gesetz betreffend die Stärkung der Hochschullandschaft (Hochschulstärkungsgesetz) | [18/16798](#) | Landesregierung | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

Viertes Gesetz zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes | [18/14524](#) | CDU, Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Siebtes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/15488](#) | FDP | Ausschuss für Heimat und Kommunales | in Beratung

Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz NW) | [18/14024](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Eine Komplett-Übersicht zur aktuellen Gesetzgebung finden Sie unter: <https://lt.nrw/Gesetzgebung>



Foto: lovelyday12 - stock.adobe.com

PLENUM

Löcher in kommunalen Kassen

8. Mai 2026 – Die Finanzlage der nordrhein-westfälischen Kommunen ist laut Medienberichten weiter angespannt. Demnach verzeichneten die Städte und Gemeinden 2025 ein Defizit von rund 9 Milliarden Euro. Der Landtag debattierte über die Entwicklung in einer Aktuellen Stunde. Es lagen Anträge der Fraktionen von AfD und SPD zugrunde.

Die AfD spricht in ihrem Antrag ([18/19088](#)) von einer „desaströsen Lage“ der Kommunen. Diese kritisierten, dass ihnen immer mehr Aufgaben insbesondere im Sozialbereich ohne eine ausreichende Finanzierung auferlegt würden.

Die SPD-Fraktion bemängelte eine „alarmierende Schieflage“ ([18/19089](#)): Während das Land 2025 einen Haushaltsüberschuss von mehr als 2 Milliarden Euro erzielen können, hätten die Kommunen ein „Rekorddefizit“ verkraften müssen.

Für die Misere sei niemand mehr verantwortlich als die SPD, die über Jahrzehnte den „Niedergang dieses einst so stolzen Bundeslandes verwaltet“ habe, sagte **Sven W. Tritschler** (AfD). Auch die aktuelle Landesregierung habe zu wenig getan und handle falsch. Hauptkostentreiber der Kommunen seien „Soziallasten“, die nicht vom Himmel gefallen, sondern „eingereist“ seien. Einnahmequellen würden „zerstört“ – etwa die Gewerbesteuer, die nur fließe, wenn die Wirtschaft gesund sei.

„Historischer Tiefpunkt“

Die finanzielle Situation von Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen befinde sich auf einem „historischen Tiefpunkt“, kritisierte **Christian Dahm** (SPD). Kaum eine Kommune sei noch in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Das betreffe nicht nur strukturschwache Städte. Die finanzielle Schieflage sei ein „flächendeckendes Problem“, wobei NRW bundesweit „mit Abstand“ an der Spitze dieser negativen Entwicklung stehe. Die Landesregierung dürfe nicht länger wegsehen.

„Die finanzielle Lage unserer Kommunen ist ernst“, sagte **Fabian Schrupf** (CDU). Die Landesregierung habe aber längst gehandelt. So übernehme sie u. a. fast 9 Milliarden Euro an kommu-

nalen Altschulden und entlaste damit 149 Kommunen. Mit dem „NRW-Plan für gute Infrastruktur“ schaffe man einen „langfristigen Investitionspfad“ für Schulen, Straßen, Brücken, Sportstätten und kommunale Infrastruktur. Über 12 Jahre gingen mehr als 21 Milliarden in kommunale Projekte.

Schwarz-Grün schaffe im Land „immer weitere Aufgaben, die man sich sparen könnte und sollte“, sagte **Dirk Wedel** (FDP). Beispiele seien das Antidiskriminierungsgesetz und das Tarifentgeltversicherungsgesetz. CDU und Grünen gehe es vorrangig darum, ihre landespolitischen Prioritäten umzusetzen, statt die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen zu beheben. Wedels Empfehlung: „Lassen Sie die Kommunen nicht vollends absaufen.“ Sonst nehme die Demokratie Schaden.

Dr. Robin Korte (Grüne) kritisierte, die Bundesregierung handle in Sachen Kommunalfinzen „völlig konzeptlos“, stoße den Städten und Gemeinden vor den Kopf und halte nicht ansatzweise, was sie verspreche. Die Ausgaben stiegen seit Jahren in einem Maß, mit dem die Einnahmen nicht mithalten könnten. Der größte Anteil bei steigenden Personalkosten und Kosten von Transferleistungen basiere auf bundesgesetzlichen Ansprüchen. Der Bund müsse endlich wieder Verantwortung für seine Gesetze übernehmen.

Kommunalministerin **Ina Scharrenbach** (CDU) sagte, der „Pessimismus“ der antragstellenden Fraktionen baue keine Schule, schaffe keine Wohnung oder saniere keine Brücke. Die Kommunalfinzen stünden unter Druck wie auch der Landes- und der Bundeshaushalt. Aber die Kommunen, NRW und der Bund investierten – „und das ist politische Verantwortung“. Die Landesregierung habe die Kommunen mit zusätzlichem Geld durch die Corona-Krise geführt, und sie führe sie auch durch die aktuellen Herausforderungen.

tob, zab, wib

Schule geschafft – und dann?

7. Mai 2026 – Viele Jugendliche in Nordrhein-Westfalen wüssten nicht, wie es nach der Schule weitergehen soll, so die SPD-Fraktion. Allein im vergangenen Jahr hätten 32.809 von ihnen „keine Anschlussperspektive“ gehabt. Der Landtag hat darüber in einer Aktuellen Stunde debattiert.



Fotos: Schälte

Seit 2024 müssen weiterführende Schulen die Daten von Schülerinnen und Schülern ohne Anschlussperspektive an die Bundesagentur für Arbeit melden. Das Ziel: Die Agentur soll die Betroffenen über Angebote der Berufsberatung und -orientierung informieren. Die SPD-Fraktion spricht in ihrem Antrag (18/19087) von „alarmierenden Zahlen“. 2024 seien sogar fast 35.000 junge Menschen ohne berufliche Perspektive gewesen. Die Landesregierung müsse erläutern, wie sie sich „für die Zukunft der betroffenen Schulabgängerinnen und Schulabgänger einsetzt“ und wie sie bestehende Programme wie „Kein Abschluss ohne Anschluss“ künftig ausstatten wolle.

Lena Teschlade (SPD) sprach von „32.809 Lebenswegen, die ins Ungewisse führen“. Gleichzeitig suche das Land händeringend Fachkräfte. Dies sei „kein Randproblem, sondern ein „bildungs- und arbeitsmarktpolitischer Alarmzustand“. Das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ werde aktuell geschwächt, statt gestärkt. Wichtigster Baustein sei die Potenzialanalyse, die in die Förderung über den Europäischen Sozialfonds verschoben werde. Dies gefährde eine langfristige Planungssicherheit.

Marco Schmitz (CDU) wies die Vorwürfe zurück. Niemand dürfe nach der Schulausbildung aus dem Blick gelassen werden – und Nordrhein-Westfalen schaue „sehr genau hin“. Mit „einem ganzen Bündel an Maßnahmen“ kümmere sich das Land um die jungen Menschen. So beginne Berufsorientierung bereits in Klasse 8. Zudem gebe es nicht den „Topf schlechtes Geld“ und den „Topf gutes Geld“. Man stelle Geld zur Verfügung, „damit Menschen eine Perspektive bekommen“.

Susanne Schneider (FDP) nannte es paradox, dass in einem Bundesland, in dem händeringend nach Fachkräften gesucht werde, Lebensläufe ins Stocken geraten seien. Dabei gebe es kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Das System sei zu kompliziert und habe zu wenig Wirkung. Ein erheblicher Teil

der Betroffenen werde von den bestehenden Instrumenten nicht erreicht. Schneider forderte faire Rahmenbedingungen, gute Bildung und Qualifizierung, echte Aufstiegsmöglichkeiten und Zugang zu Arbeit.

Benjamin Rauer (Grüne) erwiderte auf die Kritik der SPD, das Land schaue nicht tatenlos zu. Bei der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ gehe es seit Jahren darum, Jugendliche frühzeitig zu begleiten, Perspektiven zu schaffen und Übergänge verlässlich zu organisieren. Dies beginne bereits ab Klasse 8 mit Potenzialanalysen, Berufsfelderkundungen, mit Praktika und echter Berufsorientierung. Denn viele jungen Menschen wüssten gar nicht, welche Möglichkeiten sie hätten.

„Junge Menschen vorbereiten“

Zahlreiche Ausbildungsplätze seien für junge Menschen unattraktiv im Vergleich zu Leistungen des „üppigen Sozialstaats“, kritisierte **Dr. Martin Vincentz**, Fraktionsvorsitzender der AfD. Viele junge Menschen mit mittleren Schulabschlüssen seien zudem für Betriebe „nicht mehr geeignet“. Allein das pünktliche Erscheinen am Arbeitsplatz und das Beherrschen der Sprache seien ein Problem. Aufgabe von Schulen müsse sein, junge Menschen vorzubereiten, damit sie „ausbildungsbefähigt“ werden.

Die Landesregierung stecke viel Geld und Mühe in die berufliche Orientierung von Schülerinnen und Schülern, sagte Arbeitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU). Ausdruck davon sei unter anderem das Projekt „Kein Abschluss ohne Anschluss“ sowie das „Schülerdatenübermittlungsgesetz“, das helfe, junge Menschen ohne Anschlussperspektive zu identifizieren. Zwei Drittel der rund 34.800 Schülerinnen und Schülern, die 2024 der Arbeitsagentur gemeldet worden seien, hätten zum Ende des Jahres eine Anschlussperspektive gefunden.

zab, wib, tob

KiBiz, Kinder, Kernzeiten

23. April 2026 – Die geplanten Änderungen im Kinderbildungsgesetz (KiBiz) waren Thema einer Sachverständigenanhörung im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend. Das Gesetz regelt die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen. Im Fokus steht dabei die frühkindliche Bildung.

Mit einer Reform will die Landesregierung auf neue Herausforderungen reagieren. Dazu zählen laut Gesetzentwurf (18/17575) der Fachkräftemangel bei weiter steigendem Betreuungsbedarf, eine notwendige Stabilisierung der Finanzierung und ein Abbau von Bürokratie. Die geplante Reform sieht unter anderem eine Ausbildungsinitiative vor. Bei der frühkindlichen Bildung ist eine „Fokussierung auf die Sprachbildung“ geplant.

Vor allem Kommunen, Träger und Verbände hatten Kritik am Entwurf geäußert. Sie bezog sich unter anderem auf die Betreuung in Kern- und Randzeiten sowie die Finanzierung. Eine Woche vor der Anhörung stellte die Landesregierung Änderungsvorschläge vor. So sollen neben den ursprünglich vorgesehenen zusätzlichen Mitteln weitere 106 Millionen Euro pro Kindergartenjahr zur Verfügung gestellt werden. Zudem soll die „Mindestwochenkernzeit“ von 25 auf 35 Stunden erhöht werden. Die regierungstragenden Fraktionen von CDU und Grünen haben einen entsprechenden Änderungsantrag (18/18523) gestellt.

Während der Anhörung äußerten sich fast alle Sachverständigen positiv zu den nun geplanten Änderungen am Gesetzentwurf.

Einige waren allerdings der Ansicht, dass es sich nur um erste Schritte in die richtige Richtung handle. Vor allem das Finanzierungsproblem werde nicht gelöst.

Kern- und Randzeiten

Der Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW NRW) lehnt die geplante Trennung der Kita-Öffnungen in Kern- und Randzeiten ab. Laut Gewerkschaft könne in den Randzeiten „weniger qualifiziertes Personal“ eingesetzt werden. Eine Verlässlichkeit der Betreuungszeiten lasse sich aber nicht durch eine „Senkung der Qualitätsstandards und die Verringerung fachlicher Standards“ erreichen.

Zur Betreuung bei Tagesmüttern und -vätern äußerte sich der Landesverband der Kindertagespflege NRW. Er forderte eine Anpassung bei der Finanzierung. In einigen Kommunen decke der Landesanteil an der Finanzierung nur rund 10 Prozent der tatsächlichen Kosten. Die Entscheidung über Umfang und Bestand der Angebote dürfe aber nicht von der finanziellen Leistungsfä-



higkeit oder Prioritätensetzung der jeweiligen Kommune abhängen.

Dass an einem Gesetzentwurf vor einer Anhörung noch einmal Änderungen vorgenommen wurden, sei ein Signal, dass mit Anregungen auch gearbeitet werde, so die Gewerkschaft Komba NRW. Allerdings habe man sich einen Gesetzentwurf gewünscht, der die Beschäftigten stärker berücksichtige, nicht nur die Betreuungsverlässlichkeit. Kritisch sieht die Gewerkschaft unter anderem das Modell der Kern- und Randzeiten. Es bestehe die Gefahr, dass Träger dies als „Sparmodell“ nutzen könnten.

Der Deutsche Kitaverband begrüßte die „Nachbesserungen“. Allerdings reichten sie nicht aus, um das von der Landesregierung genannte Ziel, Verlässlichkeit in die frühkindliche Bildung zu bringen, zu erreichen. Erster Schritt müsse es sein, die „finanzielle Stabilität der Träger und Trägergruppen sicherzustellen“.

„Richtige Richtung“

Für die Städte, Kreise und Gemeinden nahm die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Stellung. Da Kita-Zeit immer Bildungszeit sei, könne man „volle Qualität und Fachkraft“ nicht auf Kernzeiten beschränken. Dass sie nun von 25 auf 35 Stunden ausgedehnt werden sollen, gehe „in die richtige Richtung“. Allerdings vermisse man Regelungen zur Inklusion.

Evangelische und katholische Kirche sehen Verbesserungen in den geplanten Änderungen. Man sei auf einem „guten Weg“ und in „gutem Austausch“, so das Katholische Büro. Von einer „fachlich sinnvollen Nachsteuerung“ sprach das Evangelische Büro. Weitere Schritte müssten folgen.

Eine Übersicht zu allen Stellungnahmen finden Sie [hier](#):



Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Das Kinderbildungsgesetz ...



Jens Kamieth
(CDU)



... wird mit der Reform gezielt weiterentwickelt, um noch mehr Stabilität und Verlässlichkeit in der frühkindlichen Bildung zu schaffen. Mit mehr Flexibilität, weniger Bürokratie, gestärkter Finanzierung sowie einer Ausbildungs- und Personaloffensive wird das System insgesamt gestärkt – zum Wohle der Kinder, Familien, Beschäftigten, Träger und Kommunen.



Dr. Dennis Maelzer
(SPD)



... wird durch die aktuellen Pläne von Schwarz-Grün zum „Schlechte-Kita-Gesetz“ für NRW. Daran ändern auch die kurzfristig eingebrachten Abmilderungen nichts. „Weniger schlecht ist eben nicht gut“ lautete das passende Fazit der Anhörung. Qualitätsabbau und neue Buchungsmodelle führen zu weniger Stabilität und Verlässlichkeit.



Eileen Woestmann
(Grüne)



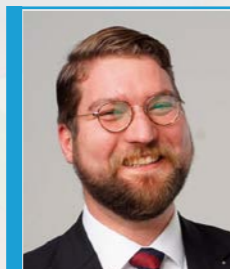
... ist der rechtliche Rahmen für die frühkindliche Bildung. Wir wollen, dass alle Kinder vom Besuch einer Kita profitieren, dass Eltern sich verlässlich auf die Angebote der Kitas verlassen können und die Mitarbeitenden gute Arbeitsbedingungen haben. Der Fachkräftemangel stellt die Kitas vor Herausforderungen. Mit der Reform des KiBiz machen wir die Betreuung verlässlicher und stärken die frühkindliche Bildung.



Yvonne Gebauer
(FDP)



... muss den Anspruch haben, beste Voraussetzungen für die Kitas als erste Bildungseinrichtung im Leben zu schaffen. Diesem wird es in seiner aktuellen Fassung aber nicht gerecht. Spürbare Erleichterungen für den Kita-Alltag bleiben aus und das zentrale Thema „Inklusion“ außen vor. Der drohende Qualitätsverlust wird sich zu Lasten der Kinder und ihrer Familien auswirken.



Zacharias Schalley
(AfD)



... ist in seiner aktuellen Form gescheitert. Es geht an der Realität in den Kitas vorbei, löst weder die täglichen Probleme der Einrichtungen noch wird es den berechtigten Ansprüchen von Eltern und Kindern gerecht. NRW braucht eine echte Reform der frühkindlichen Betreuung. Die Landesregierung wäre gut beraten, den vorliegenden Entwurf der Ex-Ministerin Paul zurückzuziehen und von Grund auf neu zu bearbeiten.

Kern- und Randzeiten ...

... ermöglichen noch mehr Flexibilität im Kita-Alltag, ohne die Qualität zu mindern. Sie schaffen die Möglichkeit für Träger, Personal bedarfsgerechter und flexibler einzusetzen, die Verlässlichkeit der Betreuung spürbar zu erhöhen und kurzfristige Betreuungsausfälle zu vermeiden.

... mit unterschiedlichen Personalstandards stehen der Realität der frühkindlichen Bildung entgegen. Kinder lernen nicht nach Stundenplan. Deshalb ist es wichtig, dass die Fachkräfte die Kinder den ganzen Kita-Tag begleiten können. Auch der Kontakt von Eltern und Fachkräften darf nicht leiden. Aus Gründen des Kindeswohls muss es heißen: Keine Kita-Zeit ist weniger wichtig als die andere.

... ermöglichen den Kitas, Personal flexibler einzusetzen. Ein Umfang von 35 Stunden Kernzeit sorgt für einen verlässlichen, qualitativen Rahmen für die frühkindliche Bildung. In den Randzeiten, also in Bring- und Abholzeiten, in denen weniger Kinder anwesend sind, können Ergänzungskräfte eingesetzt werden. Das sind in der Regel ausgebildete Kinderpflegerinnen und -pfleger, die die Kinder gut kennen.

... sind kein tragfähiges Modell, um die Zukunft der Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen zu prägen. Mit diesem Vorschlag riskiert die Landesregierung, dass die Qualität des Umgangs mit unseren Kindern unter dem Versuch einer strukturellen Reform leidet. Schwarz-Grün darf sich nicht der Illusion hingeben, zwischen Quantität und Qualität wählen zu müssen – beides muss zusammengedacht werden.

... sind ein Warnsignal für den schleichenden Qualitätsabbau in der Kindertagesbetreuung. Wenn Kitas in Randzeiten faktisch zu Verwahrorten degradiert werden und zugleich Gruppengrößen sowie Personalstandards aufgeweicht werden, geraten der Schutz und die Förderung von Kindern ernsthaft unter Druck. Zu Recht wurde in der Anhörung die Sorge vor dem kumulativen Effekt der Änderungen und Qualitätsabsenkungen geäußert.

Die Finanzierung ...

... wird nachhaltig gestärkt und neu aufgestellt, damit sie stabil, ausreichend und verlässlich ist. Das Land investiert so viel wie nie zuvor in die frühkindliche Bildung, gleicht Personalkostensteigerungen künftig früher aus, sichert das Niveau der Kindpauschalen, erhöht die Kita-Finanzierung und startet eine breite Investitions-offensive für die Kitas.

... bleibt das Hauptproblem dieses Gesetzes. Buchungszeitabhängige Kindpauschalen haben zur Unterfinanzierung geführt und verstärken die Folgen zurückgehender Geburtenzahlen für unsere Kitas. Es gäbe nun die einmalige Chance, mit freien Trägern, Gewerkschaften und Kommunen eine Sockelfinanzierung zu erarbeiten. Das Land ist derzeit der einzige Partner, der hier blockt.

...: Jeder Euro, der in die Bildung von Kindern investiert wird, ist eine Investition in die Zukunft. Wir stärken finanziell die Ausbildung und die Sprachförderung. Mit einem Kita-Sozialindex sorgen wir für mehr Chancengerechtigkeit. Gelder können so gezielter eingesetzt werden. So profitieren die Kinder, die am dringendsten Förderung brauchen, Eltern und Fachkräfte werden besser unterstützt und entlastet.

..., beziehungsweise die finanziellen Mittel für eine qualitative Betreuung unserer Jüngsten sind nach wie vor nicht auskömmlich. Auch die strukturellen Probleme des aktuellen Finanzierungssystems werden nicht gelöst. Vor allem kleinere Träger können bei zurückgehenden Geburtenzahlen zukünftig Angebote nicht mehr aufrechterhalten und drohen in eine finanzielle Schieflage zu geraten.

... läuft erkennbar in die falsche Richtung. Trotz inzwischen über sechs Milliarden Euro jährlich für frühkindliche Betreuung kommt zu wenig bei Kindern, Eltern und Fachkräften an. Geld versickert in starren Strukturen, während Gruppen wegen Personalmangels schließen. Daher braucht es ein neues System, das auch Eltern und ihre Erziehungsleistungen in den ersten Jahren finanziell angemessen berücksichtigt.

Kinderbildungsgesetz (KiBiz)

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Familien ...

... profitieren von mehr Planungssicherheit und einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Verlässliche Betreuungszeiten und weniger Ausfälle entlasten den Alltag und geben Eltern die notwendige Sicherheit für ihre Lebens- und Arbeitsplanung.

... benötigen Betreuung, Kinder haben einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung. Die KiBiz-Revision gefährdet beides. Statt Familien wie versprochen mit einem dritten beitragsfreien Kita-Jahr zu entlasten, sollen sie nun kürzere Betreuungszeiten buchen, um Kita-Gebühren zu sparen. Das bedeutet mehr Stress für Kinder und Beschäftigte. So werden Familien weiter vor verschlossenen Kita-Türen stehen.

... in NRW sind vielfältig, und das ist gut so. Sie ent der Wunsch, dass ihre Kinder gut und sicher aufwachsen. Daher stärken wir die Qualität der frühkindlichen Bildung weiter. Kitas sind ein zentraler Baustein, wenn es um die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und erfolgreiche Bildungsbiografien geht. Wir verbessern die Verlässlichkeit der Betreuung und entlasten damit Familien direkt.

... verdienen politische Partner, die sich fortlaufend für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen. Für mehr Flexibilität und eine flächendeckende Verfügbarkeit von Kitaplätzen zu kämpfen, ist ein richtiges Ziel, das nicht mit dem Erhalt von Qualitätsstandards auseinanderfällt. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass das KiBiz in diesem Sinne verbessert wird.

... brauchen vor allem echte Wahlfreiheit. Sie müssen selbst entscheiden können, ob sie ihr Kind mehrere Stunden in einer Kita betreuen lassen oder in den ersten Jahren lieber zu Hause betreuen möchten. Sie sind unsere Zukunft; ihre Wünsche müssen ernst genommen werden. Deshalb ist es entscheidend, dass der gewünschte Betreuungsumfang besser zum Alltag passt. Passgenaue Buchungszeiten sind daher richtig.

Bürgerrat: Mit besten Grüßen an die Politik

19. April 2026 – Der erste landesweite Bürgerrat in Nordrhein-Westfalen hat im Landtag seine Arbeit aufgenommen. Ihm gehören 80 Mitglieder an, die per Zufall ausgewählt wurden und einen ausgewogenen Querschnitt der Gesellschaft widerspiegeln.

Der Frühling kommt, alles blüht – und Sebastian Löbert, 34 Jahre alt, bricht von seiner Heimat im westfälischen Hamm an einem Freitagnachmittag auf, um nach Düsseldorf zu fahren. Nach einer arbeitsreichen Woche liegen weitere Gespräche und Vorträge vor ihm. Das Thema: „Generationenübergreifende Daseinsvorsorge“. Ein schweres, aber gesellschaftlich immens wichtiges Thema. Wie gelingt ein selbstbestimmtes Leben auch im hohen Alter? Wie können digitale Technologien bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit helfen? Um diese und andere Fragen soll es beim ersten landesweiten Bürgerrat gehen, der bis Juni im Landtag tagt.

Löbert, von Beruf Informatiker, ist eines von 80 Mitgliedern des Bürgerrats, die per Los ausgewählt wurden. Er sei überrascht gewesen, dass gerade er am Bürgerrat teilnehmen dürfe. Beruflich habe er häufig mit Fragen rund um Digitalisierung und Künstliche Intelligenz zu tun. Pflegebedürftigkeit sei in seiner Familie ein Thema. Und politisch sei er sehr interessiert, erzählt er. Genug Gründe, um sich im Bürgerrat zu engagieren. Also machte er sich an jenem Freitag nach Dienstschluss auf den Weg in den Landtag, um sich mit anderen auszutauschen.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, begrüßte die Mitglieder des Bürgerrats zum Auftakt. Der Landtag stehe für demokratische Repräsentation, Bürgernähe und parlamentarische Entscheidungsfindung. „Der Bürgerrat ergänzt unsere bewährten

Wege der Beteiligung“, sagte Kuper: „Die Mitglieder werden in den kommenden Wochen Argumente und Meinungen abwägen, einen Beschluss formulieren und so Demokratie mitgestalten.“

Die Einsetzung des Bürgerrats selbst haben die Abgeordneten im Plenum am 21. Januar 2025 beschlossen. „Bürgerräte bilden die Vielfalt der Bevölkerung ab und schaffen die Möglichkeit, Menschen zu erreichen, die vorher nicht von Politik erreicht wurden“, heißt es im zugrunde liegenden Antrag (18/12567). Durch die Etablierung von Bürgerräten wolle Nordrhein-Westfalen den in anderen Bundesländern und international beobachteten „Mehrwehrt auch im eigenen Bundesland spürbar machen“.

Digitale Technologien und Selbstbestimmung im Alter

Mit welchem Thema genau sich der Bürgerrat beschäftigen solle, beschlossen die Abgeordneten im Dezember 2025. Es solle darüber diskutiert werden, wie digitale Technologien die Selbstbestimmung im Alter fördern können. Auch solle es um generationenübergreifende Wohn- und Nachbarschaftskonzepte gehen, die Einsamkeit reduzieren und soziale Teilhabe erhöhen, heißt es im Antrag (18/17137).

Die Mitglieder des Bürgerrats wurden in einem zweistufigen Verfahren ausgewählt. Aus Einwohnermelderegistern von 20 zu-

fällig bestimmten Gemeinden wurden zunächst rund 5.000 Personen ab 16 Jahren ausgelost und angeschrieben. Aus den Rückmeldungen wurden erneut per Zufall rund 80 ausgewählt. Kriterien wie Alter, Geschlecht, regionale Herkunft und Bildungsstand wurden berücksichtigt, um die Vielfalt des Landes widerzuspiegeln.

Das Los fiel auch auf Jennifer Pierschalka aus Warstein. Sie habe sich zunächst Zeit mit ihrer Entscheidung lassen wollen, erzählt die Verwaltungsfachwirtin. „Ich fand die Idee gut, mich an der Landespolitik – hoffentlich – beteiligen zu können und Einfluss zu nehmen.“ Also sagte sie zu. Am meisten schätzt die 31-Jährige an der Idee des Bürgerrats, dass „Menschen mitten aus dem Leben“ die Möglichkeit haben, sich politisch einzubringen.

So sieht das auch Astrid Karweger aus Rheda-Wiedenbrück. Sie bezeichnet sich als „großer Demokratiefan“ und entschied sich daher für die Teilnahme am Bürgerrat. Sie gehe davon aus, dass der Bürgerrat gute Konzepte zum vorgegebenen Thema erarbeite, sagt die 62-Jährige. Als Mitarbeiterin einer Kommune hofft sie, dass sich die Ideen des Bürgerrats in ganz Nordrhein-Westfalen verbreiten und positive Impulse vor Ort setzen.

Sechs Treffen im Landtag sowie in Online-Veranstaltungen sind geplant. Die Sitzungen sind nicht öffentlich und werden ebenfalls nicht aufgezeichnet, damit ein geschützter Raum für Diskussionen entsteht. Über die gesamte Zeit soll der Bürgerrat Handlungsempfehlungen zum Thema erarbeiten. Die Ergebnisse werden dem Landtag bei einer abschließenden Veranstaltung am 23. Juni 2026 zur weiteren Beratung übergeben und anschließend veröffentlicht.

tob



Was ist ein Bürgerrat?

Ein Bürgerrat ist ein Beteiligungsformat, bei dem zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger gemeinsam über ein gesellschaftliches oder politisches Thema beraten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bilden möglichst die Vielfalt der Gesellschaft ab. Sie erhalten Informationen von Fachleuten, diskutieren in moderierten Gruppen oder im Plenum und erarbeiten Empfehlungen für die Politik.



André Kuper, Präsident des Landtags, bei der Eröffnung des Bürgerrats



Diskussion in moderierten Gruppen unter anderem zum Einsatz von Robotik in der Pflege



Fotos: Sebastian Bänsch



AUS DEN FRAKTIONEN

„LAUTER LACHEN“: Ein besonderer Blick auf die Politik



Oft sind es die heiteren Augenblicke, die Brücken bauen und Vertrauen wachsen lassen – im normalen Leben, aber auch in der Politik. Viele solcher Momente hat Ralph Sondermann mit seiner Kamera festgehalten: zum Beispiel Hendrik Wüst und Mona Neubaar bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags oder Jürgen Rüttgers mit dem Dalai Lama. Die Fotos werfen einen

Blick hinter die Kulissen des politischen Alltags: dort hin, wo zwischen Termindruck und formellen Anlässen ungezwungene, menschliche Augenblicke entstehen, die verbinden, Spannungen lösen und das Miteinander stärken. In der Ausstellung „LAUTER LACHEN“ gewährt Ralph Sondermann einen Einblick in seine Arbeit für unsere Fraktion und außerhalb davon.

„Lachen erdet und verbindet Menschen – egal, welcher Herkunft, welcher Religion oder auch welcher Partei man angehört“, sagte Thorsten Schick, Vorsitzender der CDU-Fraktion, bei der Eröffnung der Ausstellung am Dienstag. „Gemeinsam Lachen ist kein Ersatz für harte politische Auseinandersetzung. Aber es kann einen Teil dazu beitragen, dass wir näher zusammenrücken und sich das Klima im Diskurs wieder etwas wegbewegt von Schärfe und Polarisierung. Genau das spiegelt sich auch in dieser Ausstellung wider.“ Die Ausstellung ist noch bis 1. September im Foyer der CDU-Landtagsfraktion zu sehen.



Unser 8-Punkte-Plan: Jobmotor starten, Familien entlasten

Zu wenig verlässliche Betreuung und starre Arbeitsmodelle führen dazu, dass Familien im Alltag ständig organisieren und ausgleichen müssen. Das kostet Kraft und schränkt berufliche Möglichkeiten ein. Wenn die Belastungen im Alltag steigen, müssen wir Antworten liefern, die konkret entlasten. Dafür hat die SPD-Fraktion im Landtag NRW einen 8-Punkte-Plan entwickelt.

Unser Vorschlag: Das Land soll für drei Monate 50 Prozent der Kosten für ein vergünstigtes Deutschlandticket in NRW übernehmen. Pendlerinnen und Pendler zahlen damit nur noch 31,50 Euro. Wir setzen außerdem auf den massiven Ausbau von Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und wollen die Tarifbindung von Unternehmen zu-



Bild: SPD-Fraktion im Landtag NRW/Mirko Raatz

Jochen Ott, Vorsitzender der SPD-Fraktion, und die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Lisa Kapteinat und Alexander Vogt präsentierten Ende April bei „Fraktion auf Achse“ in Düsseldorf Vorschläge rund um die Themen Arbeit und Wirtschaft.

gunsten besserer Arbeitsbedingungen stärken. Zudem sollen Jugendberufsagenturen und regionale Netzwerke gezielte Förderung frühzeitig ermöglichen. Unter anderem mit einer 100-prozentigen Betreuungsquote für Kinder wollen wir die Vollzeitquote von Müttern auf mindestens 50 Prozent steigern.

Diese und unsere weiteren Vorschläge – wie ein Transformationsfonds für Unternehmen – präsentieren wir bei „Fraktion auf Achse“ an verschiedenen Orten in NRW. Die Termine sind auf der Website family-first.nrw zu finden.



Grüner Frauenkongress: Vernetzung, Austausch und klare Forderungen

Das gibt es im Plenarsaal des Landtags sonst nicht: Mehr Frauen als Männer sitzen auf den grauen Abgeordnetenstühlen. Beim Kongress „Frauen im Fokus – Vielfalt.



Foto: Andreas Endermann / Grüne Fraktion NRW

Referentinnen und Organisatorinnen des Grünen Frauenkongresses

Gerechtigkeit. Zukunft.“ kamen auf Einladung unserer Grünen Landtagsfraktion über 300 Frauen im Landtag zusammen, um sich zu vernetzen und Maßnahmen für mehr Gleichberechtigung zu entwickeln. Ein starkes Zeichen für faire Teilhabe, gegenseitige Stärkung und politisches Engagement.

In Panels, Gesprächen und Workshops wurde deutlich, dass Frauen auch 2026 noch immer nicht gleichberechtigt sind: Ungleicher Lohn, fehlende Anerkennung von Care-Arbeit und Altersarmut waren nur einige der Themen. Ein Fokus lag auch auf der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Großen Gesprächsbedarf und viel Anerkennung gab es für die Enthüllungen und den Kampf der Schauspielerin und Moderatorin Collien Fernandes gegen sexuelle Übergriffe, auch im Internet.

Gleichzeitig zeigte der Kongress eindrucksvoll, welche Kraft in gemeinsamer Vernetzung liegt und wie wichtig gegenseitige Unterstützung ist. „Es war ein unheimlich bestärkendes Gefühl, die weibliche Mehrheit so plastisch im Landtag zu sehen und die Energie so vieler engagierter Frauen zu erleben“, blickt die Landtagsabgeordnete und Sprecherin für Frauen, Gleichstellung und Queerpolitik, İlayda Bostancıer, zurück. „Unser Frauenkongress hat gezeigt, wie wichtig es ist, Bündnisse zu schmieden: laut, solidarisch und entschlossen.“



Kluge Kinder brauchen kluge Ideen

In Nordrhein-Westfalen hängt Bildungserfolg noch immer stark vom Elternhaus ab. Aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion NRW darf aber nicht Herkunft über Schulerfolg entscheiden, sondern Fleiß und Talent. Damit das gelingt, braucht es ein Bildungskonzept aus einem Guss – mit verbindlicher, alltagsintegrierter Förderung von Anfang an: Alle Kinder müssen schulfähig sein, wenn sie in die erste Klasse kommen. Deshalb fordern die Freien Demokraten ein Schulfähigkeitsjahr für Kinder, denen zum Schulstart noch grundlegende Kompetenzen fehlen. Zudem soll bereits bei allen Vierjährigen der Sprachstand verpflichtend überprüft werden. Bei mangelnden Deutschkenntnissen erfolgt eine individuelle Sprachförderung bis zur Einschulung. Das stärkt nicht nur die Kinder selbst, sondern entlastet auch das Schulsystem, indem Rückstände frühzeitig erkannt und aufgearbeitet werden.

Denn Lehrkräfte in Nordrhein-Westfalen sind bereits am Limit – dabei wird Zeit für individuelle Unterstützung, Beratung, Unterrichtsvorbereitung oder Zusammenarbeit im Kollegium dringend benötigt. Abhilfe kann hier Künstliche Intelligenz (KI) schaffen. Standardisierte Korrekturen können Aufwände für Klassenarbeiten

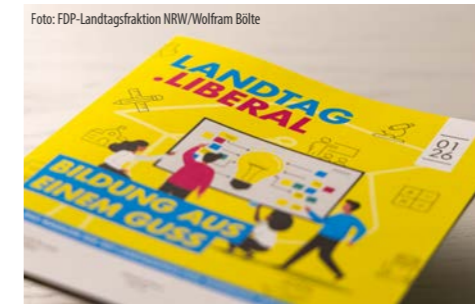


Foto: FDP-Landtagsfraktion NRW/Wolfram Bölte

und Klausuren erheblich reduzieren: KI ersetzt nicht die Lehrkraft, kann aber Antworten vorstrukturieren, Fehler markieren, Lernstände zusammenfassen. So gewinnen Lehrkräfte Raum für pädagogische Arbeit. Zugleich profitieren Schülerinnen und Schüler von schnelleren Rückmeldungen. Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich deshalb dafür ein, KI-Korrekturen an weiterführenden Schulen zum Standard zu machen.

Beide Ansätze zeigen: Moderne Bildung braucht zeitgemäße Ideen – kein administratives Puzzle. Mehr dazu in der aktuellen Ausgabe „Landtag Liberal“: fdp.fraktion.nrw/landtagliberal



Olympia-Befragungen in NRW: Zustimmung mit Fragezeichen

Die in mehreren NRW-Städten durchgeführten Ratsbürgerentscheide zur Olympia-Bewerbung werden vielfach als starkes Signal gewertet. Rund zwei Drittel der Teilnehmer sprachen sich für eine Bewerbung aus. Doch ein genauere Blick relativiert die vermeintliche Aufbruchsstimmung.

Erstens betrifft ein mögliches Olympia-Großereignis nicht nur die 18 Austragungsorte, sondern ganz Nordrhein-Westfalen. Baustellen, Verkehrsbelastungen und finanzielle Risiken wären landesweit spürbar. Dennoch wurden ausschließlich Bürger in den beteiligten Städten befragt. Die Beteiligung von rund 32 Prozent zeigt zudem, dass ein Großteil der Bevölkerung nicht abge-



Andreas Keith (AfD)

stimmt hat. In Herten scheiterte der Entschluss sogar an zu geringer Zustimmung und war damit ungültig. Das Ergebnis ist daher alles andere als repräsentativ.

Zweitens sollte die Euphorie in Politik und Medien nicht darüber hinwegtäuschen, dass die größten Hürden noch bevorstehen. Neben der Rhein-Ruhr-Initiative haben auch Hamburg, München und Berlin realistische Chancen, Ende September vom Deutschen Olympischen Sportbund nominiert zu werden.

Drittens ist selbst eine nationale Nominierung kein Garant für den Zuschlag. Das Vergabeverfahren des Internationalen Olympischen Komitees gilt als wenig transparent. Einflussreiche Bewerber wie Katar bringen

erhebliche finanzielle Vorteile mit. Mit Indien bewirbt sich zudem das bevölkerungsreichste Land der Welt.

Die Zustimmung in NRW ist daher kein Selbstläufer, sondern allenfalls ein erster Schritt. Doch die inszenierte Aufbruchsstimmung wirkt vor diesem Hintergrund nicht nur blauäugig; sie kommt gelegen, wenn man darüber hinwegtäuschen will, dass Nordrhein-Westfalen weiterhin vor erheblichen Herausforderungen steht – von einer stagnierenden wirtschaftlichen Lage bis hin zu einer im Bundesvergleich nach wie vor hohen Kriminalitätsbelastung.



Petitionsausschuss: Von Bußgeldbescheiden und einer fast verpassten Prüfung

28. April 2026 – Wer sich an den Petitionsausschuss wendet, fühlt sich in der Regel von Behörden ungerecht behandelt. Allein im vergangenen Jahr erreichten den „Kummerkasten des Landtags“, wie er oft genannt wird, rund 5.400 Eingaben. Landtag Intern sprach mit der Vorsitzenden Andrea Busche und ihrem Stellvertreter Thomas Schnelle über die Arbeit im Ausschuss.

5.400 Eingaben allein im vergangenen Jahr – das sind, rein rechnerisch, rund 15 pro Tag. Wie ist das zu schaffen?

Andrea Busche: Wir teilen die Eingaben unter den Abgeordneten auf. Der Petitionsausschuss hat 19 Mitglieder, wir sind also ein großer Ausschuss.

Thomas Schnelle: Außerdem unterstützt uns das Petitionsreferat. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereiten die Unterlagen für uns vor. Ohne diese Unterstützung könnten wir sie nicht abarbeiten.

Trotzdem müssen Sie sich in viele Themen erst einmal einarbeiten, oder?

Busche: Es ist im Grunde genommen immer ein bunter Strauß. Aber genau das macht ja auch den Reiz aus.

Schnelle: Man kann seine Wunschthemen durchaus auch benennen. Ich bin Polizeibeamter und bekomme deshalb oft Petitionen aus diesem Bereich.

Der Petitionsausschuss gilt als „Seismograf“ für gesellschaftliche Entwicklungen. Gibt es aktuelle Beispiele?

Busche: Ein aktuelles Beispiel ist die Inklusion von Kindern mit Behinderungen. Hier erreichten uns vermehrt Petitionen von Familien, die über abgelehnte oder stark verzögerte Unterstützungsleistungen klagten. Wir spürten da eine deutliche Unzufriedenheit der Menschen, und es wurde deutlich, dass Anspruch und Realität bei der gleichberechtigten Teilhabe auseinandergehen. Als Ausschuss konnten wir daraufhin Verbesserungen anstoßen.

Gibt es Fälle, die Sie besonders berührt haben?

Schnelle: Ich hatte einen Fall, bei dem eine Petentin einen Bußgeldbescheid bekommen hat, verbunden mit einem einmonatigen Fahrverbot. Sie soll bei Rot über die Ampel gefahren sein. Den ersten Bescheid hatte sie für „Fake“ gehalten und nicht darauf reagiert. Als der zweite Bescheid kam, wies sie per Mail darauf hin, dass sie nie in der angegebenen Stadt war, das genannte Fahrzeug nicht kenne und zum fraglichen Zeitpunkt gearbeitet habe. Der Arbeitgeber hat das bestätigt.

Also eine klare Sache, oder?

Schnelle: Die Behörde hat den Fall dann so lange liegen lassen, bis die Widerspruchsfrist verstrichen war. Eine Mail ist kein adäquater Widerspruch, hieß es. Es kam zu einem Erörterungstermin. Das machen wir, wenn wir meinen, da ist etwas falsch gelaufen. Es wurde

Petitionsausschuss

Der Petitionsausschuss ist ein parlamentarischer Ausschuss. Es geht darum, Entscheidungen von Behörden und Einrichtungen zu überprüfen, die unter der Aufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen stehen – zum Beispiel Finanzämter, Rentenversicherungen, Polizei, Schulen, Ministerien und Städte. Beim Petitionsrecht handelt es sich um ein „Jedermann-Grundrecht“. Es gilt auch für Kinder und Jugendliche. Es gibt keine formalen Vorgaben für das Einreichen einer Petition. Sie muss nur unterschrieben sein. Mehr Informationen unter www.landtag.nrw.de/home/petitionen.html.

schlicht falsch ermittelt. Die Stadt hat der Frau ihre Kosten erstattet. **Busche:** Was mich an diesem Fall so berührt hat: Am Ende ihrer Petition schrieb die Frau: Bitte geben Sie mir das Vertrauen in den Rechtsstaat zurück. Wenn das am Ende gelingt, ist sehr viel gewonnen.

Frau Busche, haben Sie eine ähnliche Geschichte erlebt?

Busche: Ich kann von einem jungen Mann erzählen, der kurz vor dem Abschluss seines Medizinstudiums stand und eine falsche Praktikumsbescheinigung eingereicht hatte. Sie hatte nur 15 statt der erforderlichen 30 Tage abgedeckt. Dabei hatte der Student beide Nachweise, nur versehentlich die falsche vorgelegt. Ihm wurde deshalb die Zulassung zur Prüfung verweigert. Das Schlimme: Er hatte bereits einen Vertrag für ein Forschungsstudium in den Vereinigten Staaten. Wir konnten nachweisen, dass in vergleichbaren Fällen Studierende auf den Fehler hingewiesen wurden und so die Chance hatten, das noch zu heilen.

Die Sache ging gut aus?

Busche: Ja, er ist jetzt in den USA. Für ihn wäre es schlimm gewesen, wenn es mit dem Forschungsstudium nicht geklappt hätte.

Wie reagieren die Betroffenen, wenn der Petitionsausschuss helfen konnte? Bekommen Sie auch mal Blumen?

Busche: Der Student hat mir tatsächlich geschrieben und gefragt, ob er Blumen oder Pralinen schicken darf. „Auf gar keinen Fall“, habe ich geantwortet. Wir haben ihn stattdessen in den Landtag eingeladen, damit er die Abläufe im Parlament kennenlernt. Kurz vor seinem Abflug in die USA hat er uns dann besucht.

Schnelle: Im Petitionsausschuss werden die Beschlüsse am Ende einstimmig gefasst. Wer ihre Petitionen bearbeitet, wissen die Leute häufig gar nicht. Sie bekommen irgendwann den Beschluss und bedanken sich vielleicht.

Was nehmen Sie persönlich durch die Arbeit im Petitionsausschuss für sich mit?

Schnelle: Man arbeitet eng mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen. Es ist immer toll, wenn man sieht, dass den Leuten geholfen wird.

Busche: Wir erfahren, was die Leute bewegt. Der Petitionsausschuss ist ein sehr wichtiger Ausschuss für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Für mich ist es eine unheimlich befriedigende Aufgabe.

wib/zab

Termine des Petitionsausschusses 2026

Wer mehr über die Arbeit des Petitionsausschusses erfahren möchten, hat dazu in diesem Jahr noch zahlreiche Gelegenheiten bei folgenden Terminen des Gremiums:

Montag, 1. Juni 2026:	Informationsangebot bei der Veranstaltung „Landtag Lokal“ im Kreis Coesfeld
Montag, 22. Juni 2026:	Informationsangebot bei „Landtag Lokal“ in Espelkamp
Dienstag, 23. Juni 2026:	Sprechstunde des Petitionsausschusses im Landtag
Freitag, 28. August, bis Sonntag, 30. August 2026:	Informationsangebot am Stand des Petitionsausschusses beim NRW-Tag in Münster
Dienstag, 8. September 2026:	Sprechstunde per Telefon oder als Videokonferenz
Sonntag, 20. September 2026:	Informationsangebot bei der Veranstaltung zum Weltkindertag im Landtag
Freitag, 9. Oktober 2026:	Informationsangebot bei der „Parlamentsnacht“ im Landtag
Dienstag, 3. November 2026:	Sprechstunde im Landtag



Details zu den Sprechstunden und den Informationsangeboten werden zeitnah vor den jeweiligen Terminen auf der Internetseite des Petitionsausschusses veröffentlicht: <https://lt.nrw/Termine>



Porträt: Enxhi Seli-Zacharias (AfD)

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Enxhi Seli-Zacharias (AfD). Die Politologin aus Gelsenkirchen ist stellvertretende Vorsitzende ihrer Fraktion, Sprecherin im Integrationsausschuss sowie im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen, außerdem im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss V (Terroranschlag vom 23.08.2024).

Eines Tages war er fort, der „Pralinenmann“, der seine Leckereien stets im alten Bahnhofscenter angeboten hatte. Auch der „Kaufhof“, das Warenhaus, das in der Weihnachtszeit immer so prächtig dekoriert war, ist weg. Gelsenkirchen, sagt Enxhi Seli-Zacharias, sei eine „wunderschöne Stadt“ gewesen. Heute stimme sie das Stadtbild nur noch traurig. Sie spricht von „Verfall“, den sie in den vergangenen zehn Jahren „so massiv wahrgenommen“ habe. Viele Menschen sähen das ähnlich.

Erste Eindrücke in Deutschland

Der Pralinenmann und der weihnachtliche Kaufhof – beide gehören zu den ersten Eindrücken, die sie als Kind in Deutschland aufgenommen habe, sagt die heute 32-Jährige. Sie stammt aus Albanien und war sieben Jahre alt, als die Familie aus Tirana nach Gelsenkirchen zog. An ihre frühe Kindheit im Herzen der albanischen Hauptstadt erinnert sie sich gut. An die vielen Kinder, mit denen sie draußen ge-

spielt hat, an die Hühner auf dem Hof. Dass die Eltern viel vorgelesen, dass die Kinder Gedichte auswendig gelernt haben. Auf der anderen Seite: Es habe nicht immer Strom gegeben, geschweige denn warmes Wasser. Die Mutter hat in der Chemiebranche gearbeitet, der Vater war selbstständig.

Enxhi Seli-Zacharias erzählt, dass die Eltern in Albanien damals Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo aufgenommen hatten, eine siebenköpfige Familie. „Mit den Kindern habe ich meine Kuscheltiere geteilt und in einem Bett geschlafen“, sagt sie. Sie werde nie vergessen, wie dankbar diese Menschen gewesen seien. Im Unterschied zu Deutschland habe man die Geflüchteten zu Hause „in den eigenen vier Wänden“ beherbergt. Das habe funktioniert, „weil es ähnliche Kulturen waren“. Zudem habe man

gewusst, „sie bleiben wenige Wochen, und dann geht es wieder zurück“.

In Gelsenkirchen angekommen, habe die Mutter sofort größten Wert darauf gelegt, dass ihre Kinder Deutsch lernen. Sie schickte sie deshalb in die Vorschule. „Sie war besorgt, dass wir uns in der Grundschule nur in der Heimatsprache unterhalten, weil dort auch viele geflüchtete Kinder aus dem Kosovo waren, die gleichfalls trotz Dialekt Albanisch sprachen.“

Enxhi Seli-Zacharias wechselte nach der Grundschule zum Gymnasium, machte Abitur und studierte anschließend Politikwissenschaften am Campus Duisburg der Universität-Gesamthochschule Duisburg-Essen. Das Studium schloss sie mit dem „Bachelor“ ab. Ursprünglich habe sie vorgehabt, auch den „Master“ zu machen. Sie entschied sich anders, wählte den direkten Berufseinstieg und begann

bei der Wiesbadener AfD-Ratsfraktion. Für „AfD-Inhalte“ habe sie sich bereits in der Oberstufenzeit interessiert, sagt sie. Aktuell seien damals unter anderem die Griechenlandhilfen und der EU-Rettungsfonds gewesen. Erste Kontakte zu späteren Mitgliedern und Funktionären der Partei seien dann während des Studiums entstanden.

Alte Möbel, Bilder und Bücher

In der Landtagsfraktion ist die 32-Jährige das einzige weibliche Mitglied und auch Sprecherin im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen – der aus ihrer Sicht übrigens „abgeschafft“ gehöre. Das gelte auch für die „Gleichstellungslobby“, die zum einen keinen Mehrwert für die Gesellschaft biete und gleichzeitig Kommunen in ihrem Handlungsspielraum lähme.

In ihrer Freizeit liebt Enxhi Seli-Zacharias die Arbeit mit Holz. Schreinerin, sagt sie, wäre vielleicht auch ein Beruf für sie gewesen. Die Gelsenkirchenerin restauriert alte Möbel, die sie selbst daheim aufstellt. Sie sammelt alte Bilder aus Kirchen, denen sie ein „neues Zuhause“ geben möchte. Ebenso alte Bücher, „bevor sie vergessen werden“. Und vielleicht auch, damit sie nicht einfach so verschwinden, wie damals der Pralinenmann in Gelsenkirchen. *zab*

Zur Person

Enxhi Seli-Zacharias wurde in Tirana (Albanien) geboren. Sie ist verheiratet und hat ein Kind. Nach dem Abitur studierte sie Politikwissenschaft. Später arbeitete die 32-Jährige als Referentin für Schule und Bildung bei der AfD-Landtagsfraktion. Sie ist stellvertretende Sprecherin des Kreisverbandes Gelsenkirchen und stellvertretende Vorsitzende der dortigen Ratsfraktion. Seli-Zacharias ist seit Juni 2022 Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen.



Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

„Das Attentat“ von Yasmina Khadra, einem algerischen Schriftsteller. Der Roman erzählt, wie Radikalisierung funktioniert und wie schleichend sie sein kann.

Welche Musik hören Sie gerne?

Latino und spanische Musik.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Himbeeren, Blaubeeren und Physalis.

Ihr liebstes Reiseziel?

Wien. Im Sommer aber auch gerne Tirana wegen des einmaligen, nicht überlaufenen Strands.

Kuratorium

Das neu geschaffene Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung hat sich am 5. Mai 2026 konstituiert. Es begleitet die überparteiliche Arbeit der Landeszentrale. Vorsitzender des Kuratoriums ist der Präsident des Landtags, André Kuper. Zu den Kuratoriumsmitgliedern gehören neben dem Präsidenten sowie seiner Stellvertreterin und seinen Stellvertretern je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Fraktionen im Landtag sowie eine gleiche

Anzahl an sachverständigen Personen. Auch die Landesregierung ist mit einem Mitglied vertreten. Der Landtag Nordrhein-Westfalen hatte am 5. November 2025 das Gesetz über die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (LpBG NRW) beschlossen. Demnach ist sie seit 1. Januar 2026 erstmals in ihrer 80-jährigen Geschichte eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts beim Präsidenten des Landtags.

Empfang

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 4. Mai 2026 den Generalkonsul der Republik Türkei in Münster, Mehmet Özgün Arman, zum Antrittsbesuch empfangen. In Nordrhein-Westfalen leben rund eine Million Menschen mit türkischen Wurzeln. Es gibt insgesamt vier Generalkonsulate der Türkei im bevölkerungsreichsten Bundesland. Zwischen NRW und der Türkei besteht ein enges Netzwerk aus 37 Städtepartnerschaften, 248 Hochschulkooperationen und 60 miteinander verbundenen Schulen. Der Präsident sagte: „Die vielfältigen Verbindungen zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei sind

ein bedeutender Bestandteil unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Die zahlreichen Städtepartnerschaften sowie das Engagement der hier lebenden Menschen mit türkischen Wurzeln stärken den Austausch und das gegenseitige Verständnis.“

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am Dienstag, 21. Juli 2026. Sie ist ab Freitagmorgen, 17. Juli 2026, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de.

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, V.i.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Dr. Nils Rücker (rüc), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), (0211) 884-2304 (tob), (0211) 884-2293 (rüc), (0211) 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Ina Blumenthal (SPD), Jule Wenzel (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Christian Loose (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Katharina Bons (Grüne), Saskia Fröhlich (FDP), Enxhi Seli-Zacharias MdL (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 8. Mai 2026, 12 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.
Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlwerberrinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zweck der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Titelfoto: Adobe Stock/ABF_MATEO

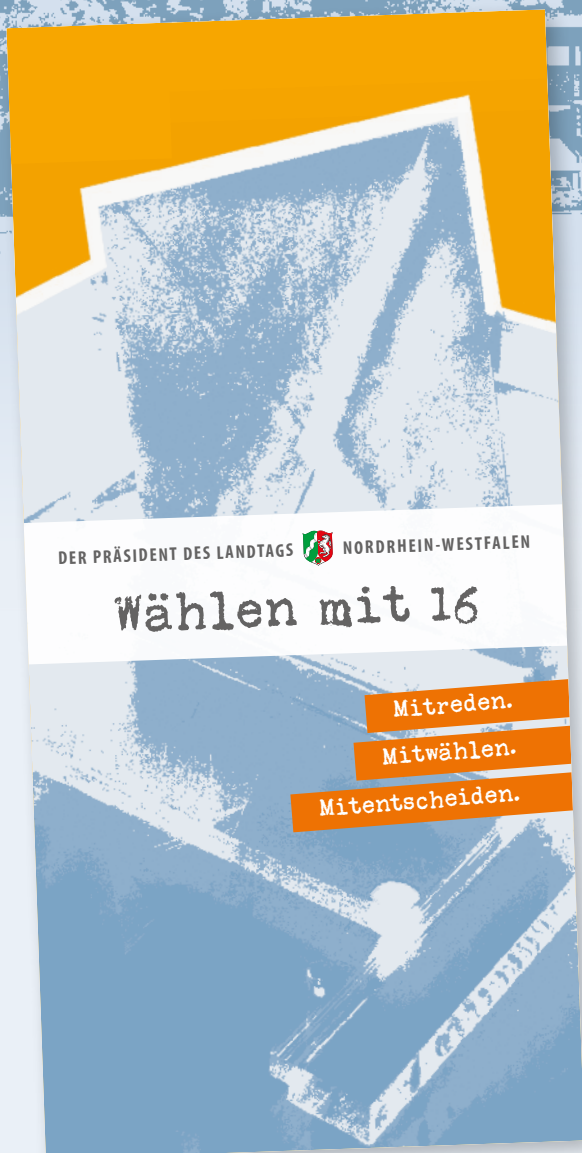
Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.





Wählen mit 16 – So geht's!

Der Landtag hat im Dezember vergangenen Jahres das Wahlalter gesenkt. An der nächsten Landtagswahl am 25. April 2027 können junge Menschen bereits ab 16 Jahren teilnehmen. Notwendig dafür war eine Änderung der nordrhein-westfälischen Verfassung. Mehr Informationen zum „Wählen ab 16“ erhalten Interessierte in einem Flyer, der kostenlos beim Landtag bestellt werden kann. Junge Bürgerinnen und Bürger erfahren beispielsweise, was eine Wahlbenachrichtigung ist, wie sie per Briefwahl teilnehmen können und woran sie beim Gang ins Wahllokal denken müssen. Bestellungen unter: oeffentlichkeitsarbeit@landtag.nrw.de.

